

In diesen Tagen besonders wichtig:

Jeden Donnerstag von 17 bis 18 Uhr, Mahnwache "Die Waffen nieder - Nein zum Krieg", Marktplatz Bremen <

Newsletter Bremer Friedensforum 7/13.Juni 2022

(Weiterleitung sehr erwünscht!)

Inhalt heute:

01. Bremer Friedensforum ruft zu Demonstration am 2. Juli in Berlin auf
02. Norddeutsche Aktionskonferenz am 19. Juni in Hamburg
03. Berlin: Nein zu 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr
04. Bremen: Nein zum 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr
05. Grüne Urabstimmung
06. Margot Käßmann bekräftigt Kritik an Waffenlieferungen
07. F-35-Tarnkappenjets sollen auf Fliegerhorst Büchel stationiert werden
08. Erste Vertragsstaatenkonferenz in Wien
09. Mehrheit für Nuklearwaffen?
10. Reitbrake: Franz von Liszt Institut der Justus-Liebig-Universität Gießen gibt Broschüre heraus
11. Rückblick: Gedenken an Befreiung von Faschismus und Krieg in Bremen-Oslebshausen (Reitbrake)
12. Rückblick: Bremer Friedensratschlag
13. Rückblick auf Kongress "Ohne NATO leben – Ideen zum Frieden"
14. Neue Landesarbeitsgemeinschaft für Frieden und Antimilitarismus bei der Bremer LINKEN
15. Leserbrief: Selber schaden als Wählerauftrag?
16. Bremer Friedensforum im Netz
17. WhatsApp-Gruppe "Bremer Friedensforum"

18. Termine

19. In eigener Sache

20. Datenschutz

1. Bremer Friedensforum ruft zu Demonstration am 2. Juli 2022 in Berlin auf

Bremen. Am Samstag, 2. Juli, findet in Berlin (14 Uhr, Bebelplatz) eine bundesweite Demonstration unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Kriege! 100 Milliarden für eine demokratische, zivile und soziale Zeitenwende“ statt. Nachdem das 100 Milliarden Euro Aufrüstungspaket nun nach dem Bundestag auch im Bundesrat beschlossen worden ist, ist es umso notwendiger, dass wir mit der solidarischen, friedlichen Alternative lautstark auf die Straße gehen und den Beginn der humanen Zeitenwende einläuten. Die Demonstration beginnt und endet am Bebelplatz in Berlin.

Das Bremer Friedensforum unterstützt die Demonstration und ruft zur Teilnahme auf:

<https://www.bremerfriedensforum.de/1477/aktuelles/Bremer-Friedensforum-ruft-zu-Demonstration-am-2-Juli-2022-in-Berlin-auf/>

Für die weitere Ansprache von Bündnispartner:innen zur Unterstützung der Demo und die Mobilisierung gibt es ein erstes Mobilisierungspaket (DIN A4-Flyer, DIN A2-Plakate, Online-Versionen) sowie den Link zur Website www.zivilezeitenwende.de. Die jeweiligen Organisationen sollen möglichst versuchen selbst Flyer und Plakate zu drucken, um eine bundesweite Verschickung mit hohen Portokosten zu umgehen. Ggfs. bietet es sich jedoch an, sich dafür regional zusammenzuschließen. Falls Ihre Unterstützung benötigt oder wenn es Euch finanziell nicht möglich ist selbst Flyer und Plakate zu drucken, wendet Euch an das Vorbereitungskomitee in Hamburg, dann werden gedruckte Flyer und Plakate zugesandt (kontakt@zivilezeitenwende.de).

Auf der Website werden die Unterstützer:innen: <https://zivilezeitenwende.de/unterstuetzerinnen/> veröffentlicht. Weitere Unterstützer:innen wenden sich bitte per Mail an kontakt@zivilezeitenwende.de.

Wir prüfen gemeinsame Anreisemöglichkeiten von Bremen und Umgebung nach Berlin. Dazu wäre es hilfreich, wenn diejenigen, die fahren möchten, uns möglichst zeitnah ein Signal senden: info@bremerfriedensforum.de

Download:

https://www.bremerfriedensforum.de/pdf/ZivileZeitenwende_FlyerA4_Druckvorlage.pdf

https://www.bremerfriedensforum.de/pdf/ZivileZeitenwende_Motiv_web.pdf

2. Norddeutsche Aktionskonferenz am 19. Juni in Hamburg

Hamburg. Eine norddeutsche Aktionskonferenz von Friedensgruppen unter dem Motto "Gegen Krieg und Hochrüstung" findet am Sonntag, 19. Juni 2022, von 12:00 bis 17:00 Uhr in der Gaußstr. 190a, 22765 Hamburg, statt. Wir wollen in der zentralen Frage, wie eine friedliche Welt erreicht werden kann, die Bereiche Friedens- und Klimapolitik, Ökologie und Soziales verbinden und dazu konkrete Forderungen an die bundesdeutsche Politik entwickeln und sichtbar machen. Wir werden diskutieren und Ideen für Aktionen und Aktionstage gegen die drohende Ausweitung des Krieges und gegen die geplante Hochrüstung austauschen. Projekte des Friedenswiderstandes werden vorgestellt und die Planung weiterer regionaler, dezentraler und gemeinsam koordinierter Aktionen und Kampagnen soll konkret werden. Es wird auch um Vorschläge für drei, vier zentrale Forderungen und dazu passenden Aktionen samt Material für eine breit getragene Öffentlichkeitsarbeit gehen.

Programm & Anmeldung:

<https://friedensnetz.info/web/>

Für die Teilnahme ist aus organisatorischen Gründen eine Anmeldung bis zum 16.6.2022 erforderlich.

Veranstalter: Bremer Friedensforum, Friedensforum Neumünster, Hamburger Forum für Völkerverständigung und weltweite Abrüstung e.V., Kieler Friedensforum, Pinneberger Friedensnetzwerk, Zusammenarbeitsausschuss der Friedensbewegung in Schleswig-Holstein (ZAA)

3. Berlin: Nein zu 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr

Berlin. Mit einer Protestaktion demonstrierten am 10. Juni Aktivist*innen der ärztlichen Friedensorganisation IPPNW, der katholischen Friedensbewegung pax christi und weiteren Friedens-, Entwicklungs- und Umweltorganisationen vor dem Bundesrat gemeinsam gegen die geplante Änderung des Grundgesetzes für die Einrichtung des 100 Mrd. Euro schweren sogenannten "Sondervermögens für die Bundeswehr". Sie appellierten an die Vertreter*innen der Bundesländer, diesem Vorhaben ihre Zustimmung zu verweigern!

„pax christi hält eine solch weitreichende Aufrüstung mit Verfassungsrang für den falschen Weg und befürchtet, dass diese größte Rüstungsinvestition in der deutschen Nachkriegsgeschichte zu einer neuen Rüstungsdynamik führt. Sie widerspricht dem in der Präambel des Grundgesetzes verankerten Friedensgebot“, begründet pax christi-Generalsekretärin Christine Hoffmann die Protestaktion und erläutert: „Die Mittel für die massive Erhöhung des Rüstungsetats fehlen bei der finanziellen Bewältigung der Bedrohung von Nahrungsmittel- und Energiesicherheit, der Klimaverwerfungen und der globalen Ungerechtigkeit. Sie drohen zur Quelle neuer Kriege zu

werden.“

Angelika Claußen, Vorsitzende der IPPNW, kritisiert: „Dass nun Milliarden u.a. für neue Kampfflugzeuge ausgegeben werden sollen, um weiterhin US-Atomwaffen gegen Russland einsetzen zu können, widerspricht dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt und könnte uns noch näher an den Atomkrieg führen“. Sie führt weiter aus: „Die jetzt geplante weitere Aufrüstung der Bundeswehr steht zudem in keinem sachlichen Zusammenhang mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, den wir scharf verurteilen. Dieser Krieg kann durch eine Aufrüstung der Bundeswehr nicht gestoppt werden.. Wir brauchen stattdessen mehr Mittel für Krisenprävention, zivile Konfliktbearbeitung und eine sozial-ökologische Transformation.“

„Dass 100 Mrd. Euro zusätzliche Schulden für die Bundeswehr bereitgestellt werden, ist ein Schlag ins Gesicht für alle, deren Forderungen nach Investitionen in soziale Sicherheit, das Gesundheitssystem, Bildung, Umweltschutz und Klimaanpassung, zivile Konfliktbearbeitung u.v.m. mit dem Verweis auf fehlendes Geld und die Schuldenbremse abgewiesen werden“, erklärt Susanne Weipert, Referentin für Rüstungsexporte bei pax christi und weist darauf hin, dass jüngst eine Studie der Universität Hamburg im Auftrag von Greenpeace aufgezeigt hat, dass im Beschaffungswesen der Bundeswehr rund dreißig Prozent der Mittel verschwendet werden. „Das Problem sei nicht fehlendes Geld, sondern die Verwendung.“

Deshalb formulierten die Aktivist*innen ein klares Nein zu 100 Mrd. Euro zusätzlichen Schulden für die Bundeswehr und forderten den Bundesrat auf, seine Zustimmung zur Grundgesetzänderung zu verweigern.

4. Bremen: Nein zum 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr

Bremen. Am 10. Juni hat der Bundesrat der vom Bundestag kürzlich beschlossenen Grundgesetzänderung über das 100- Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr zugestimmt. Bremen hat sich bei der Abstimmung enthalten. Manfred Steglich von der AG Frieden und Antimilitarismus in der Bremer Linkspartei und Ekkehard Lentz vom Bremer Friedensforum hatten im Vorfeld in einer Erklärung gefordert, dem Vorhaben seine Zustimmung im Bundesrat zu verweigern. 100 Milliarden für die Bundeswehr zu verschleudern, sei nicht im Interesse der Bevölkerung Bremens und Bremerhavens: "Es ist absoluter Irrsinn, militärische Aufrüstung als Verfassungsziel festzulegen, wo die Armut im Lande steigt, wo Gelder in das Klimaziel, in die Jugendarbeit, in die Bildungspolitik und in die Gesundheitspolitik gesteckt werden müssten."

Siehe auch:

<https://bremennews.de/friedensinitiativen-appellieren-an-buergermeister-bovenschulte/>

<https://www.bremerfriedensforum.de/1476/aktuelles/Nein-zum-100-Milliarden-Euro-Sondervermoegen-fuer-die-Bundeswehr-Bremen-muss-im-Bundesrat-Grundgesetzaenderung->

[ablehnen/](#)

5. Grüne Urabstimmung

Berlin. "Ich setze jetzt alle meine Mail-Kontakte in Bewegung, um eine Aktion zu befördern, die ich für absolut wichtig halte für die Zukunft unseres Landes und jedes einzelnen Menschen im Land. Wenn Ihr also ein grünes Parteimitglied kennt, so bittet sie/ihn um Unterstützung und leitet diese Mail an sie/ihn weiter. Unser Bundesvorstand versucht mit allen Tricks die grüne Urabstimmung zu verhindern, zu verzögern etc... Wir haben bereits mehr als 2.000 Unterstützer*innen für unsere flügelübergreifende Urabstimmungsinitiative. Setzt bitte alles daran, diese Initiative zum Erfolg zu bringen. Wenn wir es gemeinsam auf allen Kanälen posten, in allen Kreisverbänden/Ortsverbänden, Arbeitsgemeinschaften etc. zum Thema machen, können wir das Quorum schaffen. Der Bundesvorstand verzögert, versucht zu verhindern und tut nichts auf seinen Medien, um über diese Initiative die Mitglieder zu informieren, was durchaus seine Aufgabe ist. Er muss sich ja nicht positiv dazu verorten, sondern eine demokratische Entscheidung der grünen Mitgliederbasis ermöglichen. Werden die 100 Mrd. Sondervermögen - wie geplant - im GG verankert, dann wird es kaum noch möglich sein, dies wieder rückgängig zu machen. 100 Mrd. sind fast 1/5 des jährlichen Haushalts und durch die jährlichen 2 %+X im Bundeshalt für Militär würde durch diese Aufrüstung der Militärhaushalt zum größten Etatposten in der Geschichte Deutschlands. Wir müssen alles daran setzen, dass das Sondervermögen nicht im GG verankert wird. Die CDU ist natürlich gern für die GG-Änderung zu haben. Kinderrechte statt Militarisierung ins GG! Warum sollen Ausgaben für Mord und Gewalt im GG verankert werden, wenn es nicht möglich ist, Kinderrechte zu gewährleisten. Wird diese Aufrüstung realisiert, hätte Deutschland den größten Militärhaushalt in seiner Geschichte. Das Geld wird dringend benötigt für den sozial-ökologischen Umbau unserer Gesellschaft und zur Unterstützung der Entwicklungsländer gegen Naturkatastrophen und Armutsbekämpfung! Dies wäre eine sinnvolle Investition in die Zukunft!" Klemens Griesehop, Mitglied im Orga-Team der Unabhängigen Grünen Linken (UGL) www.gruene-linke.de

6. Margot Käßmann bekräftigt Kritik an Waffenlieferungen

Frankfurt/M. Die frühere EKD-Ratsvorsitzende Margot Käßmann hat ihre Kritik an deutschen Waffenlieferungen in die Ukraine bekräftigt. Nötig sei mehr Diplomatie, nicht mehr Rüstung, betont sie. 'Wer jetzt gegen schwere Waffen ist, wird als 'Lumpen-Pazifist' oder 'fünfte Kolonne Putins' diffamiert. Das kann ich nicht hinnehmen', sagte Käßmann der Düsseldorfer 'Rheinischen Post' (4.6.). Es sei im Moment sehr schwer, Pazifistin zu bleiben. 'Ich tue es aber. Aus Überzeugung', betonte die frühere hannoversche Landesbischöfin. 'Ich wäre auch als Politiker mit solchen Aussagen ein bisschen zurückhaltender', fügte Käßmann hinzu. Umfragen zufolge seien 45 Prozent der Menschen in Deutschland für Waffenlieferungen, 45 Prozent dagegen. 'Auch bei den Gottesdiensten spüre ich, dass es da eine große Irritation gibt.'

Käßmann wünscht sich nach eigenen Worten stattdessen mehr Diplomatie, Verhandlungen und Druck auf einen Waffenstillstand. 'Andere setzen dagegen darauf, durch mehr Waffen und einen - mir geht es kaum über die Lippen - 'höheren Blutzoll' die Verhandlungsposition zu verbessern.'

Und ich denke, für die Zukunft ist nicht mehr Rüstung die Antwort, sondern Abrüstung, mehr Klimaschutz, mehr Investitionen in Entwicklung.

Bitte lesen:

https://www.evangelisch.de/inhalte/201908/04-06-2022/kaessmann-bekraeftigt-kritik-waffenlieferungen?fbclid=IwAR3gK0l407Cy9Xc7zGoTZ63rn8HaulhVU-ff_U2wgk9hVivPpCYmoamdMKY

7. F-35-Tarnkappenjets sollen auf Fliegerhorst Büchel stationiert werden

Büchel/Bonn. Die Bundeswehr will alle ihre künftigen F-35-Tarnkappenjets auf einen rheinland-pfälzischen Militärflugplatz nahe der Mosel bringen. «Die Luftwaffe plant, alle 35 zu beschaffenden F-35 A nach Fortgang/Abschluss der Baumaßnahmen auf dem Fliegerhorst Büchel zu stationieren», teilte ein Sprecher des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr in Bonn der Deutschen Presse-Agentur mit.

Die F-35 gilt als modernster Kampfflugzeug der Welt und wird auch für die sogenannte nukleare Teilhabe Deutschlands gekauft - ein Abschreckungskonzept der Nato, bei dem Verbündete Zugriff auf US-Atombomben haben. Die letzten dieser Waffen in Deutschland liegen nach unbestätigten Informationen in Spezialbunkern in Büchel. Die F-35 des Herstellers Lockheed Martin soll als Nachfolgemodell der vor gut 40 Jahren eingeführten Tornado-Flotte im Rahmen des 100-Milliarden-Euro-Sonderprogramms der Bundeswehr beschafft werden.

Die geplante Grundsanierung der Start- und Landebahn des Militärflugplatzes Büchel nahe Cochem an der Mosel wird laut dem Sprecher des Bundesamtes voraussichtlich im Februar 2026 abgeschlossen sein. «Weitere Baumaßnahmen werden noch bis mindestens 2028 andauern, der Flugbetrieb wird dadurch aber nicht weiter eingeschränkt», ergänzte er. Insgesamt seien Ausgaben von rund 170 Millionen Euro veranschlagt. Die jetzigen Tornado-Kampfflugzeuge und Beschäftigten des Standorts Büchel würden derweil zum Militärflugplatz Nörvenich in Nordrhein-Westfalen verlegt.

Zum Schutz auch gegen Atomwaffengegner bekam der Luftwaffenstützpunkt Büchel laut dem Sprecher bereits einen neuen 11,5 Kilometer langen Außenzaun inklusive Postenweg. Dessen technische Überwachung werde derzeit geplant. «Die Kosten der bisher ausgeführten Bauleistungen belaufen sich auf rund 18 Millionen Euro», sagte der Bundesamtssprecher mit Blick auf den neuen Außenzaun. Somit schlägt jeder Zaunkilometer mit mehr als einer Million Euro zu Buche. Immer wieder hatten zuvor Demonstranten die alte, einfachere Umzäunung überwunden und sich Prozesse

wegen Hausfriedensbruchs eingehandelt.

Atomwaffengegner etwa von der 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Internationale Kampagne zur atomaren Abrüstung (ICAN) haben auch wieder für den 5. bis 10. Juli 2022 eine Protestwoche in Büchel angekündigt. Sie erklärten: «Mit dem Ukraine-Krieg wächst die Angst vor einem Atomkrieg.» Von 2023 an würden «voraussichtlich neue US-Atomwaffen in Deutschland stationiert». Nach unbestätigten Informationen sollen US-Atombomben in Büchel im Ernstfall von Kampffjets der deutschen Streitkräfte abgeworfen werden.

8. Erste Vertragsstaatenkonferenz in Wien

Wien. Vom 21. bis 23. Juni wird die erste Vertragsstaatenkonferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) in Wien stattfinden – ein historisches Ereignis. Auch Deutschland wird als einer der wenigen NATO-Staaten als Beobachter an der Konferenz teilnehmen. Zu diesem Anlass haben das Netzwerk Friedenskooperative gemeinsam mit der Kampagne atomwaffenfrei jetzt eine Broschüre erstellt, in der nützliche Infos rund um die Konferenz stehen. Das Infoblatt informiert konzentriert und umfassend zur ersten Staatenkonferenz, zum Verhältnis von AVV und Nichtverbreitungsvertrag, zum Städteappell für einen AVV-Beitritt, über den Umbau des Fliegerhorsts Büchel für die neuen Atombomber sowie die neuen Atombomben vom Typ B61-12 und über völkerrechtliche Fragen. Aus Wien werden Annegret und Cara mit Infos, Fotos, Videos und Podcast berichten. Auch über unsere Social-Media-Arbeit wollen wir viele Menschen für nukleare Abrüstung sensibilisieren und gewinnen.

Link:

<https://www.friedenskooperative.de/shop/infoblatt-erste-staatenkonferenz-zum-un-atomwaffenverbot>

9. Mehrheit für Nuklearwaffen?

TELEPOLIS. Erstmals gibt es laut Umfrage mit 52 Prozent eine Mehrheit für die weitere Stationierung von #Nuklearwaffen in Deutschland. Nach jahrzehntelanger Opposition gegen die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland ist dies die erste Umfrage mit einem anderen Ergebnis. "Das zeigt eine starke Verunsicherung in der Bevölkerung", meint Xanthe Hall von IPPNW. Ekkehard Lentz vom Bremer Friedensforum: "Für die Friedensbewegung gibt es noch viel zu tun..."

Bitte lesen:

<https://www.heise.de/tp/features/Mehrheit-fuer-Nuklearwaffen-Jetzt-spricht-die-Friedensbewegung-7136442.html>

10. Gräberfeld sowjetischer Naziopfer in Bremen-Oslebshausen/Reitbrake:

Franz von Liszt Institut der Justus-Liebig-Universität Gießen gibt Working Paper als Broschüre heraus Gießen/Bremen. Das "Franz von Liszt Institut" der "Justus-Liebig-Universität Gießen" hat jetzt sein Working Paper zum Thema Massengrab für sowjetische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter in Bremen-Oslebshausen als Broschüre herausgegeben. Dieses Working Paper geht auf eine Anfrage des Bremer Friedensforums zurück.

In dem Vorwort von Prof. Thilo Marauhn heißt es: "In diesem Zusammenhang stellt sich u.a. die Frage, wie das humanitäre Völkerrecht Gräber von Kriegsgefangenen schützt. Das Bremer Friedensforum ist an uns mit der Bitte herangetreten, die damit verbundenen Fragen aufzugreifen und dazu Stellung zu nehmen. In Absprache mit Herrn Ekkehard Lentz, dem Sprecher des Bremer Friedensforums, und im Austausch mit meinem Mitarbeiter Barry de Vries haben wir die Idee entwickelt, Studierende aus unserer „International Humanitarian Law Clinic“ mit dem Thema zu konfrontieren und sie um schriftliche Beantwortung einer Reihe von Detailfragen zu bitten. Wir haben uns entschlossen, diese Bearbeitungen der Studierenden unkommentiert zu veröffentlichen, weil wir gerade darin eine Möglichkeit sehen, einerseits das Thema in die Öffentlichkeit zu tragen, andererseits den Studierenden ein Forum zu bieten, um eine eigenständige Transferleistung vom Erlernten hin zur praktischen Anwendung zu erbringen. Es bedarf keiner weiteren Erläuterung, dass damit auch eine Auseinandersetzung mit der geschichtlichen Aufarbeitung nationalsozialistischen Unrechts verbunden ist und ein zivilgesellschaftlicher Beitrag zur Arbeit des Bremer Friedensforums und der genannten Bürgerinitiative geleistet werden kann..."

Das Working Paper in deutsch und englisch Kann auch hier gelesen werden:

[\[https://www.bremerfriedensforum.de/pdf/ClinicReportonthemassgraveforSovietprisonersofwar.pdf\]](https://www.bremerfriedensforum.de/pdf/ClinicReportonthemassgraveforSovietprisonersofwar.pdf)

Die Themen "Russenfriedhof" und "Bahnwerkstatt" wurden über 200 mal in lokalen, nationalen sowie ukrainischen und russischen Medien behandelt. Selbst der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba hat die Bremer Grabungen kommentiert. Seit über einem Jahr werden Bahnwerkstatt und Gräberfeld an der Reitbrake national und international in der Presse besprochen und diskutiert. Kaum ein anderes Bremer Thema hat diese Medienpräsenz über Bremens Grenzen geschafft. "Es ist schon interessant, dass sich die Bremische Bürgerschaft bis heute nicht mit diesem Thema befasst hat. Auch zum 8. Mai hat der Senat das Thema in seiner Pressemitteilung trotz seiner mit Händen zu greifenden Aktualität leider nicht aufgegriffen", bedauern die "Bürgerinitiative Oslebshausen und umzu" und das "Bremer Friedensforum".

Auf der Seite des Bremer Friedensforums: [\[https://www.bremerfriedensforum.de/graeberfeld/\]](https://www.bremerfriedensforum.de/graeberfeld/) sind unter anderem ein Medienspiegel und die sehr lesenswerten Ausarbeitungen der renommierten Wissenschaftler Prof. Christoph Schminck-Gustavus, (Universität Bremen), Prof. Thilo

Marauhn (Universität Gießen) sowie Prof. Robert Heinsch (Universität Leiden) abrufbar.

Hinweis:

Wer die gedruckte Broschüre zugeschickt bekommen möchte, schicke uns bitte eine kurze Mail: info@bremerfriedensforum.de

11. Rückblick: Gedenken an Befreiung von Faschismus und Krieg in Bremen Oslebshausen (Reitbrake)

Bremen. Vertreter:innen des Vereins „Deutsch-Russische Friedenstage Bremen e.V.“, des Bremer Friedensforum, der „Bürgerinitiative Oslebshausen und Umzu“, der VVN-Bund der Antifaschist:innen und viele Weitere trafen am Gedenkkreuz an der Reitbrake in Bremen-Oslebshausen. Ein Kranz wurde niedergelegt. Sie gedachten der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter, die in den Grambker und Oslebshausener Lagern untergebracht waren und in Bremer Rüstungsbetrieben von 1941-45 schufteten mussten, in den Francke-Werken, der AG Weser, den Focke-Wulf-Werken und den Weserflug-Werken. Fast 1.000 von ihnen überlebten das nicht und wurden bis Kriegsende auf dem nahegelegenen Gräberfeld, genannt "Russenfriedhof", verscharrt. Gefordert wird, dass auf dem Gräberfeld, wie das Völkerrecht es einfordert, eine Gedenkstätte errichtet wird. Am 08. Mai 2021 wurde erinnert an die Befreiung Europas und Deutschlands von Faschismus und Krieg vor 77 Jahren. Dabei trug die Sowjetunion mit dem "Großen Vaterländischen Krieg" mit 27 Millionen Toten, Millionen Verwundeten und Verstümmelten und dem weitgehend zerstörten russischen Territorium die Hauptlast.

Moderiert wurde das Gedenken von Herbert Wehe, Vorsitzender des Vereins „Deutsch-Russische Friedenstage Bremen e.V.". Es sprachen u.a. der ehemalige Pastor aus Oslebshausen Hartmut Drewes, der anhand von selbst durchgeführten Interviews mit Oslebshausenern eindringlich auf die Lebens- und Sterbensumstände der Zwangsarbeiter eingehen konnte.

Siehe auch:

<https://www.bremerfriedensforum.de/1468/aktuelles/Gedenken-am-Tag-der-Befreiung/>

<https://www.aufstehen-bremen.org/index.php/theme-styles/ag-frieden/936-8-mai-2022-gedenken-an-befreiung-von-faschismus-und-krieg-in-bremen-oslebshausen-reitbrake>

12. Rückblick: Bremer Friedensratschlag

Bremen. Eine weitere Veranstaltung zum Tag der Befreiung am 8. Mai hatte Joachim Schuster, MdEP, initiiert. An den Vorbereitungen nahmen teil: der Friedensbeauftragte der Bremischen Ev. Kirche Jasper von Legat, der DGB Bremen, das Bremer Friedensforum und die SPD Bremen.

Eingeleitet wurde die Nachmittagsveranstaltung im Gemeindezentrum Pauli in der Neustadt durch Grußworte von Franz Hartmann vom DGB und Reinhold Wetjen, Vorsitzender des Landesvorstands der SPD Bremen. Der Vortrag von Wiltrud Rösch-Metzler von Pax Christi [https://www.bremerfriedensforum.de/pdf/Bremen_Friedensbewegung_final.pdf] musste von Barbara Heller und Anne Biermann-Asseln verlesen werden, da der Ausfall eines Zuges ihr Kommen unmöglich machte. Weitere Referate hielten Peer Teschendorf (FES-Büro Moskau) und Prof. Johannes Varwick (Universität Halle). Inhaltlich wurde deutlich, dass wir angesichts des Ukrainekriegs nicht einer Logik von Aufrüstung und Abschreckung verfallen dürfen. Stattdessen sind Rüstungskontrolle u. ä. angebracht. Es kann nicht darum gehen, jetzt Russland niederzuringen, sondern einen Interessenausgleich herzustellen, ohne dabei blauäugig zu sein. Es gab in der Diskussion eine Tendenz gegen Waffenlieferungen, zumal Waffenlieferungen den Krieg blutiger machen, und der Krieg kann dadurch zu einem Stellvertreterkrieg werden. Es wird für die Ukraine keine militärische, sondern nur eine politische Lösung geben.

Siehe auch:

<https://www.bremerfriedensforum.de/1469/aktuelles/Bremer-Friedensratschlag/>

13. Rückblick auf Kongress "Ohne NATO leben – Ideen zum Frieden"

Berlin. Der Kongress "Ohne NATO leben - Ideen zum Frieden" am 21. Mai 2022 in Berlin widersetzte sich angesichts der verkündeten »Zeitenwende« den Rufen nach Hochrüstung der Bundeswehr, Waffenlieferungen an die Ukraine und der weiteren Ausdehnung der NATO. Die Organisator:innen zogen eine positive Bilanz des in Präsenz stattgefundenen und online übertragenen Kongresses, an dem zahlreiche prominente Persönlichkeiten und Aktive der Friedensbewegung aus dem In- und Ausland teilnahmen. Insgesamt 1000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer verfolgten in der Humboldt-Universität und online die Veranstaltung.

Weitere Informationen:

<https://www.bremerfriedensforum.de/1473/aktuelles/Ohne-NATO-leben-Ideen-zum-Frieden-21-Mai-Humboldt-Uni-Berlin/>

- Videos mit den Redebeiträgen von Oskar Lafontaine und Eugen Drewermann

<https://frieden-links.de/2022/06/video-beitraege-des-kongresses/>

- Presse

<https://frieden-links.de/2022/05/presseberichte-ueber-kongress/>

14. Neue Landesarbeitsgemeinschaft für Frieden und Antimilitarismus bei der Bremer LINKEN

Bremen. Das Bremer Friedensforum begrüßt die neu eingerichtete Landesarbeitsgemeinschaft für Frieden und Antimilitarismus bei der Bremer Linkspartei. Am 16. Mai haben sich Mitglieder der 25-köpfigen AG Frieden und Antimilitarismus getroffen, um sich über die weiteren Schritte für die geplante Gründung einer Landesarbeitsgemeinschaft innerhalb des Bremer Landesverbands der LINKEN zu verständigen.

15. Leserbrief

Selber schaden als Wählerauftrag?

Vollmundig verkündet Vizekanzler Habeck zum angestrebten Ölembargo und später auch dem Komplettausstieg aus russischem Erdgas: „Wir werden uns aber natürlich selbst schaden. Das ist ja völlig klar.“ Wie kommen Herr Habeck und die Bundesregierung dazu, die deutsche Bevölkerung mit ihrer kurzsichtigen Sanktionspolitik ins ökonomische Elend zu stürzen? Alles hängt an der billigen Energie, die wir jahrzehntelang aus Russland bezogen haben. Die Sanktionseuphorie insbesondere der Grünen und der FDP führt schon jetzt zur Zerstörung der ökonomischen Strukturen. Steigende Energiepreise schlagen auf alle Produkte durch, Lebensmittel werden teurer, Benzinpreise belasten die Haushaltskasse, Heizkosten explodieren. Die finanzielle Not zahlreicher Menschen nimmt zu. Und das alles, um angeblich der Ukraine im Krieg mit Russland zu helfen? Wäre es nicht klüger, alle Anstrengungen der Regierungsarbeit darauf zu richten, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden? Frieden wird aus Ideen und Kompromissen geformt. Ich erwarte von der Bundesregierung Initiativen, die schnellstmöglich Frieden in der Ukraine und Frieden mit Russland fördern. Schwere Waffen und was die NATO sonst noch an Kriegsgerät in die Ukraine pumpen will, führen nur zur Verlängerung des Krieges und zu mehr Toten. Nebenbei bemerkt: Um persönlichen Schaden von sich abzuwenden, haben sich die Bundestagsabgeordneten für 2022 die Diäten um 300 Euro erhöht.
Horst Otto, Bremen

16. Bremer Friedensforum im Netz

Bremen. Mehr Informationen bringt die Internetseite des Bremer Friedensforums. Wir empfehlen auch die täglich mehrfach aktualisierte Facebook-Seite des Bremer Friedensforums.

Friedenspolitische News aus Bremen gibt es auch auf Twitter und Instagram. Bitte liken, teilen, folgen und abonnieren!

<https://www.bremerfriedensforum.de>

<https://www.facebook.com/bremerfriedensforum>

<https://twitter.com/ekkehardlantz1>

https://www.instagram.com/bremer_friedensforum

17. WhatsApp-Gruppe "Bremer Friedensforum"

Wer in die WhatsApp-Gruppe "Bremer Friedensforum" aufgenommen werden möchte, teile dies bitte mit: Ekkehard.Lentz@bremerfriedensforum.de oder 0173-4194320

18. Termine

* Termine aus der Friedensbewegung: <https://www.friedenskooperative.de/termine.htm>

* Weitere Informationen aus der Friedensbewegung: <http://www.friedensratschlag.de>

* **Regelmäßige Termine in Bremen und Bremen-Nord:**

+ **Jeden Donnerstag**, 17 bis 18 Uhr, Mahnwache Bremer Friedensforum, Marktplatz Bremen

+ **Jeden dritten Freitag im Monat**, 12 bis 13 Uhr, Mahnwache gegen die Rüstungshochburg Bremen an der Domsheide (vor "Kapitel 8")

+ **Jeden Dienstag**, von 10.45 bis 12.30 Uhr, Fußgängerzone in der Gerhard-Rohlf's-Straße, Friedensmahnwache mit Plakaten und Transparenten

+ **Jeden Freitag**, 17 Uhr, Kundgebung der "Nordbremer Bürger gegen den Krieg", Bremen-Vegesack, Gerhard-Rohlf's-Straße/Breite Straße

Donnerstag, 16. Juni 2022, 19:30 Uhr, Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen, Dr. Rolf Gössner, Bremen, "50 Jahre „Radikalenerlass“: Berufsverbote und kein Ende? Ein dunkles, nicht aufgearbeitetes Kapitel bundesdeutscher Geschichte"

Sonntag, 19. Juni 2022 - Sonntag, 26. Juni 2022, Aktionswoche Stopp Airbase Ramstein

<https://www.ramstein-kampagne.eu/aktionswoche-2021-und-2022/>

Freitag, 24. Juni 2022, 19 Uhr, DGB-Haus, Bahnhofplatz 22-28, 28195 Bremen, Hafenarbeiter aus Genua / Italien berichten über Streiks und Blockaden: Am 20. Mai 2019 verhinderten Hafenarbeiter:innen im italienischen Genua die Verladung von Generatoren für das saudische Militär auf den saudi-arabischen Frachter »Bahri Yanbu« und machten damit deutlich, dass Arbeiterinnen und Arbeiter ganze Lieferketten lahmlegen können, wenn sie zusammenstehen. Ihr

Boycott war Teil einer Welle von Aktivismus von Hafenbeschäftigten gegen Militärtransporte, die sich seit 2017 in europäischen Häfen entwickelt hatte. Unter anderem gab es in den Häfen von Bilbao, Le Havre, Santander, Genua, Fos sur Mer, Antwerpen, Tilbury und Cherbourg Blockade- und Streikaktionen in den Häfen gegen Waffentransporte.

5. bis 10. Juli 2022 Protestwoche in Büchel

<https://buechel-atombombenfrei.jimdofree.com/kalender/>

Freitag, 8. Juli, 17 Uhr, Marktplatz Bremen, Kundgebung zum Flaggentag der "Mayors for Peace" (Bürgermeister für den Frieden)

Donnerstag, 6. August 2022, 12 Uhr, Marktplatz Bremen, Mahnwache zum 77. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki

Donnerstag, 1. September 2022, 17 Uhr, Marktplatz Bremen, Kundgebung zum Antikriegstag

19. In eigener Sache

Bleiben Sie bitte dem Bremer Friedensforum gewogen und sparen Sie nicht mit Vorschlägen, Ergänzungen, Texten und anderen Reaktionen an: info@bremerfriedensforum.de. Bei dieser Gelegenheit möchten wir auch gern darauf hinweisen, dass das Bremer Friedensforum auf ehrenamtlicher Basis arbeitet. Und: Friedensarbeit kostet auch Geld! Im Unterschied zu Rüstungsproduzenten erhalten wir keine staatliche Unterstützung aus Steuergeldern, sondern finanzieren unsere Arbeit ausschließlich aus Spenden. Unser Spendenkonto lautet: Ekkehard Lentz (für das Bremer Friedensforum), IBAN: DE 47 2501 0030 0123 2683 06, BIC: PBNKDEFF. Danke!

20. Datenschutz

In unregelmäßigen Abständen erhältst Du/erhalten Sie von mir/uns einen Email-Newsletter über Neuigkeiten aus dem Arbeitsbereich des Bremer Friedensforums. Ab dem 25. Mai 2018 ist die EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Kraft getreten. Dies bedeutet, dass Deine/Ihre persönlichen Daten nach der neuen Verordnung nur mit Deiner/Ihrer Einwilligung verarbeitet werden dürfen. Gerne möchte(n) ich/wir Dich/Sie auch weiterhin mit Informationen versorgen. Sollte dieses jedoch in Zukunft nicht mehr erwünscht sein, bitte(n) ich/wir um eine kurze und formlose Email "Abbestellen" an: info@bremerfriedensforum.de. Wir nehmen euch dann aus dem Verteiler. Möchtest Du/möchten Sie auch weiterhin unseren Newsletter bekommen, brauchst Du/brauchen Sie nichts unternehmen.

Siehe auch Datenschutzerklärung: <https://www.bremerfriedensforum.de/Datenschutz>
[<https://www.bremerfriedensforum.de/Datenschutz>]